



31/2006

vorwärts:

Wir in Schleswig-Holstein



Hans Peter Bull: Demokratie und Sozialstaat sind nicht zu trennen.

Wir in Schleswig-Holstein: Haben Globalisierung, Neoliberalismus und Raubtierkapitalismus den Staat geschwächt?

Der Nationalstaat gerät in der Tat durch den weltweiten wirtschaftlichen Wettbewerb immer mehr in die Klemme. Das Prinzip der individuellen Nutzenmaximierung scheint alle anderen Orientierungen zu verdrängen und erschwert damit jede Form von gemeinschaftlichem Handeln. Eben dazu, die sozialen Probleme gemeinschaftlich zu lösen, haben wir den Staat. Als quasi-staatliche Organisation ist heute die EU ein

Klares Bekenntnis zum Staat

Prof. Dr. Hans Peter Bull, Staatsrechtler und früherer Innenminister Schleswig-Holsteins, hat mit seinem neuen Buch „Absage an den Staat?“ für Aufsehen gesorgt. In unserem Interview erläutert er, warum ein starker und funktionierender Staat das Fundament sozialer Gerechtigkeit ist.

ähnlich wichtiger Akteur in der Auseinandersetzung mit der Globalisierung.

Welche Aufgaben des Staates und öffentliche Güter sind unveräußerlich, müssen also verteidigt werden?

Der Staat muss den Frieden und die Rechte der Menschen schützen, also Rechtssicherheit und Rechtsschutz organisieren, die Freiheitlichkeit der Gesellschaft gewährleisten und den Menschen, die ihren Unterhalt nicht oder nicht mehr durch Arbeit verdienen können, eine menschenwürdige Existenz sichern. Er hat darüber hinaus die Aufgabe, die Lebensbedingungen auch

»Soziale Gerechtigkeit stellt sich nicht von selbst her.«

künftiger Generationen zu bewahren. Überall da, wo Wirtschaft und Gesellschaft dies nicht aus eigener Kraft schaffen können, folgen daraus Handlungspflichten des Staates – vom Umweltschutz bis zur Bildungspolitik.

Kann ohne handlungsfähigen Staat soziale Gerechtigkeit organisiert werden?

Soziale Gerechtigkeit stellt sich nicht von selbst her, schon gar nicht wenn die Unternehmen massenhaft Arbeitsplätze abbauen. Ein ausgebautes Sozialleistungssystem ist unverzichtbar, wenn die Gesellschaft die Globalisierung bewältigen soll. Nur der Staat kann soziale Gerechtigkeit organisieren; er kann und soll sich

dabei von gesellschaftlichen Vereinigungen und Kirchen unterstützen lassen.

Sozialdemokratische Grundüberzeugung ist es, dass ohne soziale Gerechtigkeit Demokratie nicht Bestand haben kann. Stimmt diese These?

Demokratie und Sozialstaat sind nicht zu trennen. Wenn der Staat seine Aufga-

»Private Initiative ist das Unterfutter der Demokratie.«

be verfehlt, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen, gerät die demokratische Ordnung in Gefahr. Wenn die Demokratie unsocial wird, ist sie im Kern keine Demokratie mehr.

Die Sozialdemokratie diskutiert ein neues Grundsatzprogramm. In welcher Beziehung stehen Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Staat zueinander?

Der demokratisch aufgebaute Staat muss die soziale Gerechtigkeit garantieren. Dazu gehört auch, dass er gut „funktioniert“. Der Staat muss effektiv sein, um seine Aufgaben erfüllen zu können. Die richtige Gestaltung der politischen Entscheidungsprozesse ist ebenso wichtig wie die wirkungsfähige Durchsetzung der Normen und die effiziente Erbringung der staatlichen (und kommunalen) Leistungen.

Wie sehen Sie das Leitbild der Bürgergesellschaft? Wo

braucht die Gesellschaft mehr Freiheit, wo den starken, handlungsfähigen Staat?

Der Staat ist die gemeinsame Einrichtung der Bürger. Wo wir als Bürger ohne Beteiligung des Staates handeln können, sollen wir das tun – private Initiativen aller Art, persönlicher Einsatz von Einzelnen und Stiftungen für öffentliche Zwecke entlasten den Staat und bilden das „Unterfutter“ der Demokratie. Die Gesellschaft hat in Deutschland fast alle Freiheiten, um sich nach ihren Vorstellungen zu entwickeln; insbesondere Meinungs- und Medienfreiheit sind gesichert.

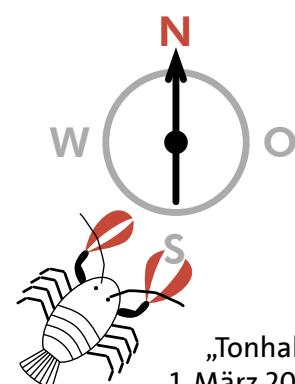


Hans Peter Bull
Absage an den Staat?
Warum Deutschland besser ist als sein Ruf
Mit einem Vorwort von Hans-Jochen Vogel
294 Seiten, Broschur, Fadenheftung, 14 x 22,4 cm, € 19.80
ISBN 3-86602-095-3
Buchshop: www.ba-wbh.de

Stark muss der Staat überall da sein, wo wirtschaftliche Macht die individuellen Freiheiten – etwa durch Medienkonzentration – oder die öffentlichen Güter wie Natur und Umwelt gefährdet und wenn die soziale Sicherheit bewahrt werden muss.

Neunter politischer Aschermittwoch in Norddeutschland.

Mit Innenminister Dr. Ralf Stegner



„Tonhalle“ Marne
1. März 2006, 18 Uhr

Seminare

Neumitglieder-Seminar in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte, Bad Malente:
10. bis 12. März

„Fit fürs Ehrenamt“, Seminarreihe der Parteischule für Ortsvorsitzende in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte:
25. bis 27. August
15. bis 17. September
3. bis 5. November
Anmeldung: SPD-Landesverband, Elfriede Marx, 0431/9060646, Elfriede.Marx@spd.de

Kommunalpolitik im Zeitschriftenformat

SGK Schleswig-Holstein und Hamburg legen Gemeinschaftsprojekt auf

Mitglieder der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) in Schleswig-Holstein und Hamburg erhalten ab März einen wichtigen Informationsvorsprung. Die beiden Landesverbände bieten in der SGK-Zeitschrift „Demo-

kratische Gemeinde“ (DEMO) einen eigenen achtseitigen Regionalteil an.

Die Zeitschriften werden per Post kostenlos an alle SGK-Mitglieder verteilt, der Bezug ist im Mitgliedsbeitrag bereits enthalten. In diesem Jahr sind vier Ausgaben mit

Informationen und Meinungen aus der Region fest eingeplant. Das übergeordnete Ziel ist, die Kommunalwahl und Bürgerschaftswahl 2008 mit vorzubereiten.

Bundesweit einmalig ist, dass das Blatt von einer Redaktion gemacht wird, die sich aus zwei Bundesländern zusammensetzt. Ihr ist bewusst, dass sich die kommunalen Probleme in einem Flächenstaat von denen in einem Stadtstaat unterscheiden. „Verwaltungsstrukturreform“ in Schleswig-Holstein und „Bezirksverwaltungsreform“ in Hamburg klingen zwar ganz ähnlich, haben aber unterschiedliche Bedeutungen und Auswirkungen.

In erster Linie soll aber über die Arbeit der SGK informiert werden: Berichte über Jahreshauptversammlungen, Regionalkonferenzen, über Bürgermeisterwahl-

Verwaltungsstrukturreform Regionalkonferenzen der SGK

Die SGK-Schleswig-Holstein lädt ein zu drei Fach-Konferenzen mit den Spitzen des Innenministeriums. Die Veranstaltungen beginnen um 18 Uhr mit dem Referat des Ministeriumsvertreters, danach gibt es einen kleinen Imbiss, anschließend ist eine ausführliche Diskussion vorgesehen. Das Ende ist für spätestens 21 Uhr eingeplant. Termine und Orte:

8. März, Itzehoe

Hotel Mercure Klosterforst, Hanseatenplatz 2, 25524 Itzehoe.
Mit Staatssekretär Ulrich Lorenz.

23. März, Bad Segeberg

Jugendbildungsstätte „Mühle“, Theaterstudio, An der Trave 1-3, 23795 Bad Segeberg.

Mit Abteilungsleiter Ulrich Gudat.

4. April, Schleswig

Hotel Strandhalle, Strandweg 2, 24837 Schleswig.

Mit Innenminister Dr. Ralf Stegner.
Anmeldungen bitte an die SGK, c/o SPD-Büro Schleswig, Königstraße 4, 24837 Schleswig.



Über 300 Gäste wollten Vizekanzler Franz Müntefering beim Neujahrsempfang des Kreisverbands Ostholstein hören. Kreisvorsitzende Regina Poersch (links) und Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn empfingen den Guest am 28. Januar in Neustadt.

kämpfe, Kreisbereisungen oder die Kommunalakademie, über Personalien und neue Projekte. „Portrait des Monats“, „eine Fraktion/ein



Ortsverein stellt sich vor“, erfolgreiche Anträge oder musterhafte Initiativen und was daraus geworden ist, sollen beschrieben werden. Was sind besonders originelle Aktionen gewesen, wie bereitet man ein Bürgerbegehren vor und führt es

erfolgreich zum Bürgerentscheid? Was treibt der politische Gegner, welchen Gefahren kann man aus dem Weg gehen?

Aktuelle Themen sollen auch nicht zu kurz kommen: Hartz IV, demografischer Wandel, kommunale Finanznot, die familienfreundliche Gemeinde sind nur wenige Themenbeispiele. Das redaktionelle Konzept wird abgerundet durch ständige Rubriken wie Lesermeinung, die kommunale Glosse oder die Blitzmeldung. ■

ANZEIGE

Claus Möller Vorsitzender des SPD-Parteirates

Schleswig-Holsteins SPD-Landesvorsitzender Claus Möller wurde am 30. Januar in Berlin zum neuen Vorsitzenden des Parteirates der SPD gewählt. Er löst damit Rüdiger Fikentscher ab, der nach elf Jahren nicht wieder für den Vorsitz des Parteirates kandidiert hat. Claus Möller erhielt bei 68 abgegebenen Stimmen nur eine Gegenstimme.

In seiner Rede vor dem Parteirat stellte Claus Möller seine künftige Arbeit unter

Termine

11. März, 11 Uhr

100 Jahre Ortsverein Grömitz, mit Innenminister Dr. Ralf Stegner. Cismar, Klosterkrug.

25. März, 10 Uhr

Kommunalpolitische Konferenz zur Verwaltungsstrukturreform im Kreis Steinburg. Oelixdorf, „Unter den Linden“.

das Motto „Profil schärfen, Identität wahren“ und bezog dies vor allem auf die anstehende Diskussion eines neuen Grundsatzprogramms der SPD sowie die Politikbereiche Familie, Gesundheit und Bildung.

„Die Rolle des Parteirates bei der Profilbildung unserer Partei muss gestärkt werden. Wir brauchen daher eine frühzeitige und intensive Einbeziehung des Parteirates bei wichtigen politischen Themen und der Entwicklung von Zukunftsperspektiven“, betont Claus Möller. So wird sich der Parteirat in seiner nächsten Sitzung mit der Umsetzung der Föderalismusreform befassen, die in den vergangenen Wochen, etwa wegen der Dezentralisierung des Beamtenrechts, aus den nördlichen Bundesländern vermehrt kritisiert wurde. ■

Der richtige Mann zur richtigen Zeit!

Die Zeit der Flitterwochen in der Großen Koalition in Berlin ist vorbei. Schnell hat sich die neue Regierung an die Alltagsarbeit gemacht. Wir Sozialdemokraten haben schnell erkennen müssen, dass wir in einem starken Spannungsverhältnis in dieser Koalition stehen. Konflikte bleiben nicht aus – auch nicht in den eigenen Reihen.

Ähnlich wie in Schleswig-Holstein müssen wir Sozialdemokraten auch im Bund unsere Rolle neu finden. Koalitionspartner auf Augenhöhe zu sein, dabei nicht den Regierungs-Chef zu stellen und – zumindest auf Bundesebene – für Sozialdemokraten wichtige Ressorts nicht besetzen zu können, das muss noch verdaut werden. Um so wichtiger ist die Profilbildung unserer Partei.

Mit Matthias Platzeck hat die Partei einen Vorsitzenden, der in dieser Situation eine Chance ist! Sein Anliegen ist es nicht, im Basta-Stil der vergangenen Jahre die Partei auf stromlinienförmigen Koalitionskurs zu bringen. Er bietet der Partei den Raum, den sie zum programmatischen Atmen braucht. Unsere Partei muss über den Tag hinaus politische Leitlinien und Visionen frei entwickeln ohne die Vereinbarungen des Koalitionsvertrages in Frage zu stellen.

Matthias Platzeck hat als Vorsitzender, der nicht im Kabinett eingebunden ist, diese Freiheit und gibt sie an die Partei weiter. So gesehen ist er – Stichwort Programmdebatten – der richtige Mann zur richtigen Zeit. Als Parteiratsvorsitzender werde ich Matthias Platzeck voll unterstützen.

Nach nicht einmal 100 Tagen wurde in den vergangenen Wochen bereits an unserem Parteivorsitzenden in den Medien herumgemäkelt. Mir ist sein diskurser Stil lieber, als von dem Vorziehen der Rente mit 67 aus der Zeitung zu erfahren. Machtwörter sind nicht nötig, wo Führung als Gemeinschaftsaufgabe begriffen wird. Ich hoffe, dass im Fußballjahr 2006 schnell wieder zu einem Mannschaftsspiel zurückgefunden wird, bei dem der Stürmer von Mannschaftskollegen anständige Flanken bekommt um Tore zu schießen. Wir Sozialdemokraten aus Schleswig-Holstein bleiben im Spiel – und unsere Flanken kommen von links!

Claus Möller, SPD-Landesvorsitzender



ANZEIGE

Mit neuen Räumen ins neue Jahr gestartet

Der SPD-Kreisverband Stormarn hat neue Räume bezogen. Mit vielen Gästen aus dem ganzen Kreis feierte der Vorstand am 4. Februar die Einweihung der neuen Geschäftsstelle in der Kreisstadt Bad Oldesloe. Das neue

Büro bietet mehr Platz und ist zentral gelegen:
Kreisbüro Stormarn
 Kurparkallee 2
 23843 Bad Oldesloe
 Tel. 04531/188365
 Fax 04531/188366
 kreisverband@spd-stormarn.de



Kreistagsfraktionsvorsitzender Reinhard Mendel (rechts) überbrachte dem Kreisvorsitzenden Martin Habersaat (Mitte) und Marco Chwalek vom Kreisbüro einen Blumengruß.

AfA gegen »Rente mit 67«

Landeskonferenz der SPD-Arbeitnehmerorganisation diskutierte über Arbeitsmarktpolitik und wählte einen neuen Vorstand.

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD hat sich gegen die Rente mit 67 Jahren ausgesprochen. Sie forderte auf ihrer Landeskonferenz am 4. Februar in Schleswig die Bundestagsfraktion auf, die Regierungspläne abzulehnen und sich stattdessen auf eine bessere Beschäftigung älterer Arbeitnehmer zu konzentrieren.

„Wir brauchen mehr Jobs für ältere Beschäftigte. Hält der Jugendwahn der Wirtschaft an, dann werden die Regierungspläne faktisch zu flächendeckenden Rentenkürzungen“, sagte der wiedergewählte Landesvorsitzende der AfA-Schleswig-Holstein, Wolfgang Mädel.

Die Landeskonferenz bestätigte Wolfgang Mädel mit 100 Prozent als AfA-Landesvorsitzenden. Stellvertreter



Wolfgang Mädel wurde einstimmig wiedergewählt.

wurden Sabine-Almut Auerbach und Ralf Wrobel, die sich ebenfalls zur Wiederwahl stellten. Weiter gehören dem Landesvorstand an: Birte Pauls (Schleswig-Flensburg), Dagmar Wilhelm-Helmut (Kiel), Nils Bolwig (Stormarn), Daniel Friedrich, Bernd Losch (beide Lübeck), Gunnar Reichwaldt (Dithmarschen), Helmut Ulbrand (Kiel) und Karsten Wessels (Dithmarschen). ■

Selbständige wählen neuen Vorstand

Die Arbeitsgemeinschaft „Selbständige in der SPD“ (AGS) wählt einen neuen Landesvorstand. Nach über 20 Jahren Landesvorsitz der AGS kandidiert Klaus-Dieter Müller nicht wieder für den Vorstand. Mit einem Referat über sozialdemokratische Wirtschaftspolitik wird er ein Resümee seiner Amtszeit ziehen. Als Gastredner wird Uwe

Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa des Landes Schleswig-Holstein, über Arbeitsmarktpolitik informieren.

Ordentliche Landeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft „Selbständige in der SPD“ (AGS)
22. März 2006, 19.30 Uhr
 Haus der Wirtschaft (IHK), Raum „Lübeck“, Bergstrasse 2, Kiel

ANZEIGE